

Nassauische Neue Presse – Weiter Wirbel um Bauplatzverkauf - 9.7.14

Der Verkauf eines Bauplatzes an die Tochter eines Gemeindevertreters hatte jetzt ein Nachspiel im Beselicher Parlament.

Beselich-Obertiefenbach. Die Vergabe eines Bauplatzes im Obertiefenbacher Antoniusweg an die Tochter eines CDU-Gemeindevertreters hat im ganzen Ort für mächtig Wirbel gesorgt. Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerliste (BL), Bernd Litzinger, erklärte in der Gemeindevertretersitzung am Montagabend, dass der besagte Gemeindevertreter ihm gegenüber zugegeben habe, dass nicht seine Tochter, sondern er selbst in das Haus ziehen werde. Ex-Bürgermeister Kai Müller habe vor der Vergabe von dem Verwandtschaftsverhältnis des Mandatsträger zur Bewerberin gewusst, dies aber dem Gemeindevorstand bewusst verschwiegen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Michael Jahn forderte den CDU-Kollegen sogar auf, sein Mandat niederzulegen. Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Matthias Schenk, stellte klar, dass Mandatsträger bei solchen Vergaben nicht schlechter, aber auch nicht besser behandelt werden sollen als alle anderen Bürger. „Der Gemeindevorstand hat abweichend von der üblichen Praxis und einer zwei Monate zuvor verabschiedeten Orientierungshilfe einen Bauplatz an eine Bewerberin vergeben, die nach diesen Kriterien an letzter Stelle der Bewerberliste stand“, sagte er. Der Gemeindevorstand habe fiskalische Gründe für die Abweichung genannt, so der HFA-Vorsitzende. Denn die Grundstückserwerberin habe die Verlegung eines Geschäftssitzes nach Beselich in Aussicht gestellt; somit seien Gewerbesteuerzahlungen erwartet worden.

Schenk erklärte, dass der Ausschuss alle damaligen Mitglieder des Gemeindevorstands, auch den zurückgetretenen Ex-Bürgermeister Kai Müller, befragt habe, wem das verwandtschaftliche Verhältnis zuvor bekannt gewesen sei. Schenks Fazit: „Im Ergebnis gibt es eine Person, die wissend um die näheren Umstände die übrigen Vorstandsmitglieder im Unklaren gelassen hat.“ Ein weiterer Beigeordneter habe sich gar nicht geäußert. Ob die Gemeindeverwaltung von anderen gedrängt worden sei, die Beschlussvorlage wie erfolgt zu formulieren, sei aber nicht zu klären gewesen. Eine unterlegene Bewerberin habe sich später beschwert.

Jahn: Moralischer Schaden

SPD-Fraktionsvorsitzender Jahn meinte, es sei notwendig gewesen, sich intensiv mit dem Fall zu befassen, weil es darum gehe, ob Frechheit siege. Bei dieser Entscheidung seien eben nicht alle gleich behandelt worden. Es sei vielleicht kein finanzieller Schaden entstanden, aber ein moralischer. Für die Zukunft forderte Jahn die Einhaltung klarer Vergabekriterien.

Bei Gegenstimmen aus der CDU ging ein Antrag der Neuen Mitte mit breiter Mehrheit durch, der die Überarbeitung der Vergaberichtlinien fordert. Fraktionsvorsitzende Schenk sagte: „Ausnahmen müssen künftig sorgsam abgewogen werden.“ Bei dem bereits geschlossenen Vertrag müsse darauf geachtet werden, dass die Verlegung des Gewerbebetriebes nach Beselich eingehalten wird. Bürgermeister Michael Franz (parteilos) meinte, für ihn sei die Gleichbehandlung aller eine Selbstverständlichkeit. Die Gemeinde werde kontrollieren, ob Zusagen eines Grundstückskäufers eingehalten werden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Theo Schneider bedauerte, dass dieses Verfahren „nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen sollen“. Dennoch lehne die CDU den Antrag ab, weil er den

kompletten Gemeindevorstand diskreditiere. Schneider wies zudem darauf hin, dass Vertreter aller Fraktionen im Vorstand beteiligt gewesen seien.

Andrea Maushagen (Neue Mitte) sagte, wer die Hintergründe vor der Vergabe gekannt habe, solle sich schämen. Bernd Müller (SPD) sagte, es gehe nicht darum, den Gemeindevorstand anzugreifen, sondern ein Signal zu setzen, dass die Gemeindevertretung dieses Vorgehen ablehne. Andreas Geis (CDU) fragte, welcher Gemeindevertreter denn wirklich vor der Beschlussfassung über Grundstücksverkäufe prüfe, ob alle Kriterien eingehalten würden. Schenk entgegnete, dass die Gemeindevertretung nicht den Gemeindevorstand überwachen könne, sondern sich einfach darauf verlassen müsse, dass bei Bauplatzvergaben bestehende Kriterien eingehalten würden. (rok)